

AR 2543 -

Inside with the other, call

1/9

OTHER DOCUMENTS 1837, 1948

ARCHIVES

(№ 13 b.)

## Aufgabe - Schein.

Dieser Schein  
ist nur auf  
6 Monate  
gültig.

Königl.



Franco  
und  
Scheingelb.

Unterzeichnetes Postbureau hat heute zur  
Beförderung mit der Post in Empfang genommen:

ein

gezeichnet

adressirt an

in

declarirt zu einem Werth = Inhalte von

*Frankfurt a. M. 250 Pf. 100*

BREMER den 1ten Aug 1837

Königl. Großbr. Hannov. Post-

*M. Müller*

Das Königl. Consistorium hieselbst hat vor Kurzem ein Mundschreiben erlassen, worin es alle Geistlichen auffordert, die unter dem Namen jura stolae bekannte Abgabe der Juden an die christliche Geistlichkeit, welche schon im vorigen Jahre im größten Theile des Landes nicht bezahlt worden, jetzt wieder einzuziehen, auf Grund des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Juden vom 30. September 1812.

Dieses Gesetz ist aber durch §. 5 des Gesetzes vom 5. Septb. d. J., in allen den Bestimmungen, welche die Rechte der Juden beschränken, vollständig aufgehoben. Meiner Ueberzeugung nach liegt eine Rechtsbeschränkung darin, wenn der Jude eine besondere Abgabe zahlen muß, die vom Glaubensbekenntniß abhängig ist — da der Christ, wenn er ein Haus besitzt, diese Abgabe nicht zahlt. Jedenfalls aber ist es eine Rechtsfrage, welche das Königl. Consistorium einseitig zu entscheiden nicht berechtigt ist. —

Im Interesse unseres Rechtes, das wir uns auch im Kleinen nicht verkümmern lassen dürfen, wie im Interesse der Gemeinden, dessen Wahrung wir obliegt, fordere ich Sie daher auf, im Vereine mit Ihrer Gemeinde jede Zahlung der jura stolae so lange entschieden zu verweigern, bis Sie rechtskräftig durch richterliches Urtheil dazu verpflichtet sind. Ich hoffe, daß kein Gericht auf Zahlung der Abgabe erkennen werde; sollte das aber auch geschehen, so wäre eben darin der kräftigste Antrieb, diesen Ueberrest alten Druckes auf dem Wege der Gesetzgebung zu beseitigen.

Wir haben durch des Herrn Hülfe, die volle Emancipation erlangt. Neue Rechte sind uns dadurch geworden, über die wir wachen wollen, daß sie zur Wahrheit werden — aber auch neue Pflichten, die wir getreulich üben müssen. Als freie, gleichberechtigte Bürger des Staates wollen wir einerseits mit ganzem Herzen und ganzer Seele der Gesamtheit uns anschließen, daß der volle Segen des Rechtes und der Freiheit ihr zu Gute komme; andrerseits aber mit um so größerer Liebe und Zuneigung unserm Glauben uns zuwenden. Frei vom äußern Druck müssen unsere Gotteshäuser, unsere Schulen, unsere Gemeindeverhältnisse, unsere milden Anstalten zu neuem, frischen Leben erblühen! Dazu mögen auch die Mittel benützt werden, die wir jetzt ersparen; damit Israels Glaube in der Freiheit sich bewähre, wie er in der Knechtschaft sich verherlicht hat! —

Ich ersuche Sie dieses Schreiben Ihrer Gemeinde zur Kenntniß zu bringen und über den Erfolg mir seiner Zeit zu berichten.

*e. Hae.*  
Hannover, den 20. ~~October~~ 1848.

Der Landrabbiner  
Dr. Samuel E. Meyer.

An  
die Herren Vorsteher der  
Synagogengemeinden des hiesigen  
Landrabbinats-Bezirks.